

2107/J XXVIII. GP

Eingelangt am 06.05.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Marie-Christine Giuliani-Sterrer
an den Bundesminister für Bildung
betreffend **Nutzen-Risiko-Abwägung von Schulschließungen und Social-Distancing-Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen in Österreich während der COVID-19-Pandemie**

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden in Österreich weitreichende Maßnahmen getroffen, die insbesondere Kinder und Jugendliche betrafen. Dazu gehörten unter anderem Schulschließungen, Maskenpflicht und Maßnahmen zur sozialen Distanzierung. Diese Eingriffe fanden über längere Zeiträume statt, obwohl Kinder laut damaligem Wissensstand nur ein geringes Risiko für schwere COVID-19-Verläufe aufwiesen.

Zahlreiche österreichische Fachgesellschaften sowie Expertinnen und Experten warnten frühzeitig vor den möglichen psychischen, sozialen und entwicklungsbezogenen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche. Vor diesem Hintergrund ist von besonderem öffentlichem Interesse, ob und in welchem Umfang eine evidenzbasierte Nutzen-Risiko-Abwägung im österreichischen Kontext erfolgt ist und welche wissenschaftlichen Erkenntnisse und Fachmeinungen dabei berücksichtigt wurden.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Bildung nachstehende

Anfrage

1. Wurde im Vorfeld oder während der Umsetzung von Schulschließungen und kontaktreduzierenden Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in Österreich eine spezifische Nutzen-Risiko-Abwägung durchgeführt?
 - a. Wenn ja, welche konkreten wissenschaftlichen Grundlagen oder Studien aus Österreich wurden dafür herangezogen?
2. In welcher Form wurden mögliche psychische, soziale und entwicklungsbezogene Belastungen von Kindern und Jugendlichen in die Entscheidungsfindung einbezogen?
3. Welche österreichischen Fachgesellschaften oder Expertengremien wurden zur Beurteilung der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Kinder konsultiert (z. B.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

- Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schulpsychologie, etc.)?
4. Wurde das Ministerium durch das Gesundheitsministerium oder andere Stellen ausdrücklich auf die potenziellen psychischen Folgen für Kinder und Jugendliche hingewiesen?
 5. Welche konkreten Daten wurden österreichweit während der Pandemie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen erhoben und ausgewertet, um Maßnahmen gegebenenfalls anzupassen?
 6. Welche Maßnahmen wurden nachweislich in Österreich gesetzt, um Kinder und Jugendliche während oder nach den Schulschließungen psychisch zu unterstützen (z. B. durch Schulpsychologie, psychosoziale Beratungsangebote, Aufstockung von Ressourcen etc.)?
 - a. Welche Kosten sind dadurch entstanden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Maßnahmen und Jahren)